

Niederschrift

(HFPA/005/2012)

über die 5. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am Mittwoch, dem 18.04.2012, 16:00 - 18:10 Uhr, Ratssaal, Rathaus

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Sitzungspause von 16:15 bis 16:30 Uhr

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

- | | | |
|-------|--|------------------------------|
| 8. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 8.1. | Mehrarbeit- und Überstundenstatistik | 11/080/2012
Kenntnisnahme |
| 8.2. | Haushaltskonsolidierung;
Ergebnis desk-sharing Projekt | 11/081/2012
Kenntnisnahme |
| 8.3. | Mitteilung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse
2011 (Rödl & Partner) | 11/084/2012
Kenntnisnahme |
| 9. | Personalbericht 2011 | 11/083/2012
Einbringung |
| 10. | Ausbildungskapazität 2013 | 11/082/2012
Beschluss |
| 11. | Termin- und Ablaufplan für die Haushaltsaufstellung 2013 | 11/153/2012
Gutachten |
| 12. | Mittelbereitstellungen | |
| 12.1. | Mittelbereitstellung für IP-Nr. 231A.402 Sanierung Berufsschule
Kaufmännischer Trakt | 242/206/2012
Beschluss |
| 13. | Schulsanierungsprogramm: Sanierung Albert-Schweitzer-Gymnasium
Vorplanung nach DA-Bau 5.4 | 242/202/2012
Gutachten |

- | | | |
|-------|--|--------------------------|
| 13.1. | Neukonzeption für den Erlanger Weihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz
Tischauflage | 32/021/2012
Beschluss |
| 13.2. | Alternativvorschläge zur Trägerschaft der Volkshochschule in Erlanger Ganztageschulen
Tischauflage | 43/029/2012
Gutachten |
| 14. | Anfragen
keine | |

TOP 8

Mitteilungen zur Kenntnis

Protokollvermerk:

Herr Ternes, OBM/ZV, gibt bekannt, dass die Leitung der Abteilung 111 – Personalentwicklung ab 1.1.2012 an Herrn Robert Kaiser übertragen wurde.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 8.1

11/080/2012

Mehrarbeit- und Überstundenstatistik

Sachbericht:

Vorbemerkung: Die nachstehenden Informationen beruhen auf Eingabedaten, die von den Ämtern dem Personal- und Organisationsamt zur Entgeltberechnung übermittelt wurden. Einzelne Bereiche wie EBE, EB77, Amt 24 können die Daten für die Abrechnung nun im neuen Abrechnungsprogramm LOGA selbst eintragen. Die Anordnungsgründe für Mehrarbeit oder Überstunden sind aus den Arbeitsmeldungen nicht ersichtlich. Sie können nur von dem jeweiligen Fachbereichen benannt und erläutert werden und bei Bedarf im zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Die Verwaltung wurde im Rahmen der Beschlüsse zur Budgetierung der Personalkosten beauftragt, jährlich über die Entwicklung der Überstunden und Mehrarbeit zu berichten.

Mehrarbeit oder Überstunden sind i. d. R. durch notwendigen, aktuellen, außergewöhnlichen Arbeitsanfall begründet, z.B. Winterdienst, Veranstaltungen, Personalausfall/-vertretung.

Nach den aktuellen Regelungen zur Budgetierung ist der jeweilige Fachbereich anordnungsberechtigt. Lediglich bei Überstunden oder Mehrarbeitsentscheidungen im Beamtenbereich ist seit 2007 Ref. I bzw. nun OBM/ZV, auf Grund der gesetzlich eingeschränkten Anordnungsmöglichkeiten zu beteiligen. Mehrarbeit und Überstunden für Beamtinnen/Beamte wurden nur in beschränktem Umfang im Schulbereich im Rahmen der erforderlichen Unterrichtsleistungen angeordnet und daher nicht in diese Vergleichsdaten mit aufgenommen.

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der jeweiligen Personalkostenbudgets der Fachämter und führt nicht zur Aufstockung des Fachbudgets.

Das durchschnittliche Kostenvolumen für Überstunden u. Mehrarbeit beträgt ca. 0,3 bis 0,45% der Gesamtpersonalaufwendungen der Stadt Erlangen. Im Jahr 2007 hat es sich auf ~0,40% gegenüber dem Vorjahr (0,45%) reduziert. Für die Jahre 2008 und 2009 hat sich der Aufwand zusammen um rund 107.391 € erhöht, 2010 um 75.606 € wieder reduziert und für 2011 wieder um 12.988 € erhöht [incl. der Werte der Eigenbetriebe, die nicht im städt. Haushalt aufgenommen sind].

Die jeweils für die abgerechneten Stunden des letzten Jahres angefallenen Bruttoentgelte (ohne Sozialversicherungs- und Zusatzversorgungskostenanteile) sind in der Anlage 1 dargestellt. Für den

Gesamtwert wurden Sozialversicherung und Zusatzversorgung pauschal mit eingerechnet. Die Anlage 2 enthält nun eine Übersicht über abgerechneten Überstunden, Mehrarbeitsstunden und Überstundenzeitzuschläge im Vergleich zum Vorjahr. Ab 2010 sind sie nach den formalen Kostenträgerregeln gem. der Doppik neu aufgegliedert und daher nicht mehr im Vergleich zu den Vorjahren.

Erläuterungen zu den Begriffen/Spalten (siehe Anlage 1 und 2):

Bezahlte Überstunden:	Stunden, die als Überstunden (Stundenvergütung + Zuschlag) bezahlt wurden
Stundenvergütung:	Stunden, die mit dem Stundenlohn nach Stufe 1 der jeweiligen Entgeltgruppe, ohne Zuschläge, bezahlt wurden <i>[dies sind i .d. R. Überstunden, die abgefeiert werden sollten und für die die Überstundenzeitzuschläge bereits bezahlt wurden, bei denen dann aber doch nachträglich eine Bezahlung der Stunden erfolgte; bei einer Summierung der geleisteten Stunden dürfen diese Stunden nicht mit eingerechnet werden, da sie bereits in den Überstundenzeitzuschlägen, ggf. auch des Vorjahres, mit enthalten sind]</i>
ÜStd. Zeitzuschläge	Überstunden, die abgefeiert werden/wurden und für die nur die Überstundenzeitzuschläge bezahlt werden/wurden
bezahlte Mehrarbeit	zusätzlich geleistete Arbeitsstunden von Teilzeitkräften bis zur regelmäßigen Arbeitszeit (~ Vollbeschäftigung).

Es wurden abgerechnet:

[einschließlich abgeordnetes Personal und Eigenbetriebe, Aufgliederung nach Unterabschnitten siehe Anlagen 1 und 2]

im Jahr 2011	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden(+zuschlag)	874,25	874,25	15.531,39
Stundenvergütungen	5.402,58		81.787,05
Überstundenzeitzuschläge	21.529,21	21.529,21	81.831,48
Mehrarbeit	6.523,06	6.523,06	102.347,38
Summe:		28.926,52	281.497,30
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			84.449,19
Gesamtaufwand ca.			365.946,49

im Jahr 2010	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden(+zuschlag)	1.938,46	1.936,46	35.262,83
Stundenvergütungen	5.272,69		75.426,53
Überstundenzeitzuschläge	22.174,13	22.174,13	83.469,64
Mehrarbeit	5.283,25	5.283,25	77.347,73
Summe:		31.330,30	271.506,73
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			81.452,02
Gesamtaufwand ca.			352.958,75

im Jahr 2009	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	6.636,07	6.636,07	106.217,98
Stundenvergütungen	2.927,83		53.196,46
Überstundenzeitzuschläge	19.285,98	19.285,98	87.667,08

Mehrarbeit	6.461,81	6.461,81	82.583,78
Summe:		32.383,86	329.665,30
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			98.899,57
Gesamtaufwand ca.			428.564,89

im Jahr 2008	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.208,64	4.208,64	65.122,12
Stundenvergütungen	2.494,73		44.630,30
Überstundenzeitzuschläge	16.115,15	16.115,15	77.845,04
Mehrarbeit	6.747,28	6.747,28	110.468,57
Summe:		27.071,07	298.066,03
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			89.419,81
Gesamtaufwand ca.			387.485,84

im Jahr 2007	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	3.525,97	3.525,97	58.234,05
Stundenvergütungen	1.254,59		20.370,89
Überstundenzeitzuschläge	18.627,61	18.627,61	83.613,15
Mehrarbeit	5.879,84	5.879,84	84.838,74
Summe:		28.033,42	247.056,83
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			74.117,05
Gesamtaufwand ca.			321.173,88

im Jahr 2006	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.407,71	4.407,71	69.898,12
Stundenvergütungen	4.812,08		75.241,29
Überstundenzeitzuschläge	16.277,26	16.277,26	76.397,13
Mehrarbeit	4.062,81	4.062,81	59.120,23
Summe:		24.747,78	280.656,80
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			84.197,04
Gesamtaufwand ca.			364.853,84

im Jahr 2005	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.816,94	4.816,94	69.432,60
Stundenvergütungen	770,80		10.805,98
Überstundenzeitzuschläge	18.433,36	18.433,36	79.132,75

Mehrarbeit	2.765,29	2.765,29	41.402,72
Summe:		26.015,59	200.774,04
Zzgl. ca. 30 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			60.232,22
Gesamtaufwand ca.			261.100,26

im Jahr 2004	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.938,46	4.938,46	68.932,25
Stundenvergütungen	740,00		10.612,63
Überstundenzeitzuschläge	18.848,05	18.848,05	77.691,07
Mehrarbeit	2.921,99	2.921,99	35.010,09
Summe:		26.708,50	192.246,04
Zzgl. ca. 28 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			53.828,89
Gesamtaufwand ca.			246.074,93

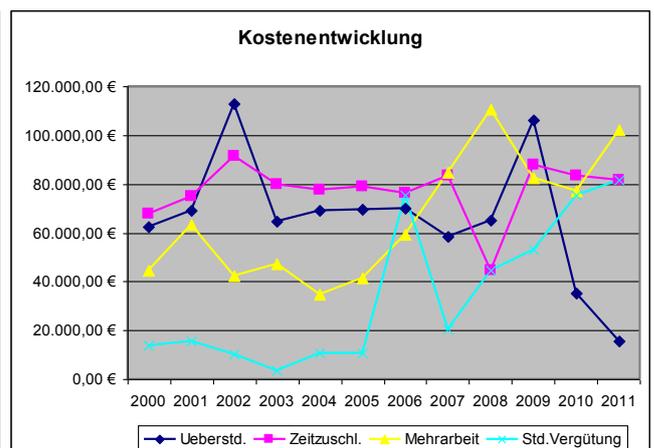
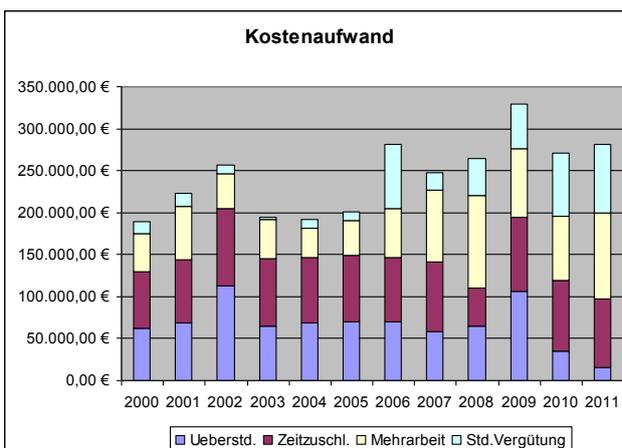
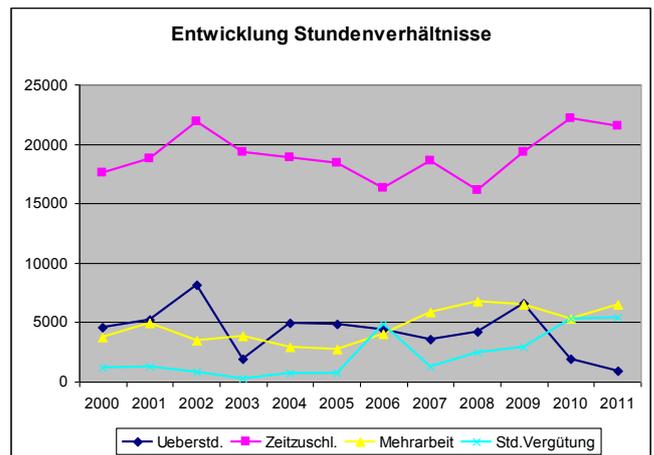
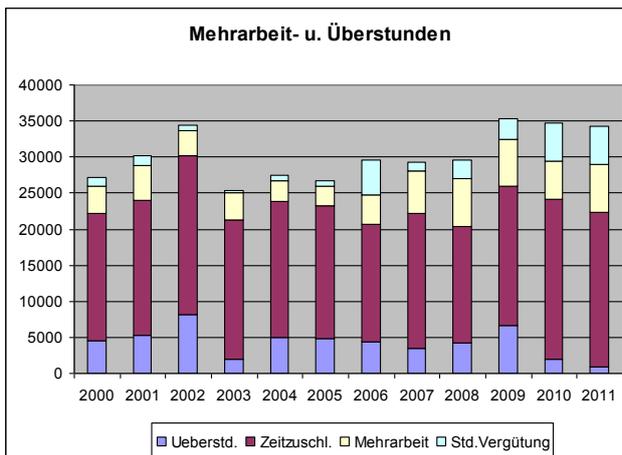
im Jahr 2003	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.890,66	4.890,66	64.553,15
Stundenvergütungen	234,75		3.406,55
Überstundenzeitzuschläge	19.348,48	19.348,48	80.028,90
Mehrarbeit	3.881,77	3.881,77	47.072,78
Summe:		28.120,91	195.061,38
Zzgl. ca. 27 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			52.666,57
Gesamtaufwand ca.			247.727,95

im Jahr 2002	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	8.193,84	8.193,84	112.852,46
Stundenvergütungen	781,50		10.169,53
Überstundenzeitzuschläge	21.928,20	21.928,20	91.341,54
Mehrarbeit	3.491,06	3.491,06	42.577,01
Summe:		33.613,10	256.940,54
Zzgl. ca. 27 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			69.373,95
Gesamtaufwand ca.			326.314,49

im Jahr 2001	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	5.216,71	5.216,71	69.029,56
Stundenvergütungen	1.296,57		15.616,14
Überstundenzeitzuschläge	18.782,52	18.782,52	74.909,75

Mehrarbeit	4.901,26	4.901,26	63.265,47
Summe:		28.900,49	222.820,92
Zzgl. ca. 25 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			55.705,23
Gesamtaufwand ca.			278.526,15

im Jahr 2000	Abgerechnete Stunden	Geleistete Stunden	Betrag (in Euro)
Bezahlte Überstunden	4.570,34	4.570,34	62.283,18
Stundenvergütungen	1.166,50		13.843,97
Überstundenzeitzuschläge	17.621,97	17.621,97	67.666,91
Mehrarbeit	3742,64	3742,64	44.829,78
Summe:		25.934,95	188.623,84
Zzgl. ca. 25 % AG-Anteile an Sozialversicherung und Zusatzversorgung			47155,96
Gesamtaufwand ca.			235.779,80



Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 8.2

11/081/2012

**Haushaltskonsolidierung;
Ergebnis desk-sharing Projekt**

Sachbericht:

Ausgangslage:

Gemäß Vorschlag Nr. 4.5 von Rödl & Partner sind für 2012 und die Folgejahre durch desk-sharing Einsparungen i.H.v. 80.000,- € jährlich zu erzielen.

Die von Rödl & Partner ermittelte Einsparsumme i.H.v. 4.000,- € je Büroarbeitsplatz (Basis ist eine pauschalierte Berechnung des Bay. Finanzministeriums) verteilt sich auf diverse Kostenstellen (IT-Kosten, Büromaterial, Einrichtungsgegenstände etc).

Umsetzung:

Gemeinsam mit dem Amt für Gebäudemanagement und dem Personalrat wurden durch das Personal- und Organisationsamt folgende Kriterien zur Umsetzung des Vorschlages vereinbart.

1. Klare Trennung der beiden Projekte „Flächenmanagement“ und „Einsparung von Büroarbeitsplätzen“. Lediglich im Rahmen von desk-sharing durch Teilzeitkräfte eingesparte Büroarbeitsplätze können letzterem Projekt zugerechnet werden
2. Eine tatsächliche Einsparung in € wird zum Teil erst mittelfristig erzielt werden können, durch entsprechende Umzüge bzw. Verrechnung des Einsparpotentials mit neuen Planstellen/Personal und weiteren Umsetzungsmaßnahmen durch das Amt für Gebäudemanagement
3. Stichtag ist der 01.01.2011, d.h. auch im Vorgriff auf den Stadtratsbeschluss eingesparte Büroarbeitsplätze (nach dem Stichtag!) werden eingerechnet, alle vorher schon geteilten Arbeitsplätze können nicht angerechnet werden.
4. Durch das Personal- und Organisationsamt wurde das Volumen der Teilzeitkräfte mit eigenem Büroarbeitsplatz ermittelt, dieses war heruntergebrochen auf die einzelnen Fachbereiche die Ausgangsbasis für die anteilig einzusparenden Büroarbeitsplätze in den Ämtern.

Ergänzend wurden vom Amt für Gebäudemanagement die aktuelle ermittelten Bedarfsdeckungsgrade der Fachämter sowie die Belegungsdaten zur Verfügung gestellt.

Ergebnis:

Folgende Einsparungen wurden und werden durch desk-sharing erzielt:

Anzahl eingesparter Büroarbeitsplätze	Start (ggf. Ende)	Einsparung 2011*	Einsparung 2012*	Einsparung 2013 ff**
Geschäftsbereich OBM:				
1	01.01.2011 31.12.2011	4.000 €	0 €	0 €
1	01.08.2011	1.700 €	4.000 €	4.000 €
1	13.08.2011	1.500 €	4.000 €	4.000 €

Referat OBM/ZV:				
1	01.01.2012	0 €	4.000 €	4.000 €
1	01.08.2012	1.700€	4.000 €	4.000 €
Referat II:				
1	01.06.2011	2.300 €	4.000 €	4.000 €
Referat III:				
1	01.10.2011 01.07.2012	1.000 €	2.000 €	0 €
1	01.10.2011	1.000 €	4.000 €	4.000 €
1	01.07.2011	2.000 €	4.000 €	4.000 €
1	01.01.2012	0 €	4.000 €	4.000 €
Referat IV :				
1	01.01.2011	4.000 €	4.000 €	4.000 €
1	15.11.2011	500 €	4.000 €	4.000 €
1	01.11.2011	700 €	4.000 €	4.000 €
1	01.09.2011	1.300 €	4.000 €	4.000 €
4	07.12.2011	700 €	16.000 €	16.000 €
Referat V:				
2	01.01.2011	8.000 €	8.000 €	8.000 €
Referat VI:				
1	01.01.2012	0 €	4.000 €	4.000 €
1	01.10.2011	1.000 €	4.000 €	4.000 €
Gesamt:				
22		31.400 €	82.000 €	80.000 €
*ggf. gerundet auf 100er Beträge				
** Prognose, Mitarbeiter/innen können ggf. wechseln				

Einige weitere Optionen werden künftig noch im Rahmen anstehender personeller oder organisatorischer Veränderungen geprüft und können das Gesamtvolumen der Einsparungen von Büroarbeitsplätzen erhöhen. Diese Veränderungen werden durch das Amt für Gebäudemanagement im Rahmen künftiger Belegungen entsprechend berücksichtigt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 8.3

11/084/2012

Mitteilung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2011 (Rödl & Partner)

Sachbericht:

Mit Beschluss vom 23.03.2011 hat der HFPA das Personal- und Organisationsamt mit dem Controlling zu den Haushaltskonsolidierungsbeschlüsse 2011 (Rödl & Partner) beauftragt. Als Berichtszeitraum wurde ein halbjährlicher Turnus vereinbart. Nach dem Bericht vom 19.10.2011 wird nun der zweite Bericht vorgelegt.

1. Zusammenfassung der Einsparziele 2012 1. Quartal Gesamtstadt:

Kostenreduzierung im Personalaufwand (Maßnahme 1, 3, 6,8) :

<u>Ziel (2011):</u>	<u>423.600 €</u>	<u>Ist (2011)</u>	313.133 €
---------------------	------------------	-------------------	-----------

<u>Ziel (I/2012):</u>	<u>136.665 €</u>	<u>Ist (I/2012)</u>	114.386 €
-----------------------	------------------	---------------------	-----------

Kostenreduzierung im Sachkostenaufwand :

	<u>Ziel (I/2012):</u>	<u>Ist (I/2012)</u>
Maßnahme 5	20.000 €	20.500 €
Maßnahmen 19-21	79.650 €	noch nicht ermittelbar

2. Einzelberichte

Amt 11 – Maßnahme Nr. 1 (Reorganisation der Abteilungsgliederung)

1. Beschreibung der Maßnahme

Rödl und Partner hat die Einsparung der Abteilungsleiterplanstelle Abt. 112 mit Ausscheiden des Planstelleninhabers vorgeschlagen und eine Neustrukturierung des Aufgabenbereichs Organisation innerhalb OBM/ZV angeregt.

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziel

Der Vorschlag wurde bereits ein Jahr vor dem ursprünglichen Plan für das Finanzziel realisiert, damit ist das Einsparvolumen bereits dieses Jahr verbucht worden.

Amt 11 – Maßnahme Nr. 3 (Kürzung des zbV-Budets)

Der Vorschlag ist umgesetzt, die Finanzziele werden erfüllt.

Amt 11 – Maßnahme Nr. 4 (Reduzierung Ausbildung über Bedarf)

1. Beschreibung der Maßnahme

„Bei der Stadt Erlangen wurden in den Jahren 2006 bis 2010 mit den jährlich begonnenen dreijährigen Ausbildungszyklen neben der Bedarfsausbildung im Durchschnitt jeweils zehn Ausbildungsverhältnisse über Bedarf begründet. ...

Wir empfehlen deshalb, ab dem Ausbildungsjahrgang 2012 die je jährlich begonnenem Ausbildungszyklus über Bedarf angebotenen Ausbildungsverhältnisse um fünf zu reduzieren.“

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparungen vorgesehen.

Amt 11 – Maßnahme Nr. 5 (Einsparung von Büroarbeitsplätzen)

1. Beschreibung der Maßnahme lt. Rödl und Partner

„... Wir empfehlen, durch den flexiblen Einsatz von Teilzeitbeschäftigten (mindestens) 20 Büroarbeitsplätze einzusparen ("desk-sharing").“

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Die vorgesehenen Einsparungen werden für 2012 erreicht.

Amt 11 – Maßnahme Nr. 6 (Einführung einer 2-monatigen Wiederbesetzungssperre zum 01.03.2011)

1. Beschreibung der Maßnahme

Die Sperre wird durch den Abzug der betreffenden finanziellen Mittel im Personalkostenbudget realisiert. Dem Fachamt steht es frei, die Planstelle trotzdem nahtlos wiederzubesetzen, falls andere budgetierte Finanzmittel dafür zur Verfügung stehen. Die Maßnahme wurde 2012 verlängert.

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Ziel für Q I/2012	103.290 €
Stand zum 30.03.2012	71.961 €

Die Einhaltung der Zielvorgabe ist nur bedingt steuerbar, da das Ergebnis allein von der Fluktuation der Beschäftigten abhängig ist.

Amt 24 – Maßnahme Nr. 8 (Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei)

Der Vorschlag wird (wie bereits im letzten Bericht dargestellt) aktuell nicht umgesetzt, da die räumliche Nähe zwischen Hausdruckerei und Poststelle kurzfristig nicht hergestellt werden kann. Die Ziele werden nicht erreicht.

Amt 40 – Maßnahme Nr. 10 (Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an Dienstleister)

Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparziele vorgesehen.

Amt 24 – Maßnahme Nr. 12 (Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden)

Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Für 2012 sind keine Einsparziele vorgesehen

Amt 50 - Maßnahme Nr. 19 (Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen)

1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

"Die Stadt Erlangen als Ordnungsbehörde ist dazu verpflichtet, obdachlose Menschen unterzubringen. Das Übernachtungsheim Wöhrmühle, der Obdachlosenverein, die Verfügungswohnungen und weitere Bestandteile der aktiven Obdachlosenhilfe dienen dem Sozialamt als Instrumente, mit denen dieser Aufgabe begegnet werden kann. Die Erträge die im Rahmen der Bereitstellung von Verfügungswohnungen erzielt werden, lagen im Jahr 2009 bei rund 559 TEUR. Demgegenüber standen Aufwendungen in Höhe von rund 827 TEUR. Die in der Stadt Erlangen entwickelten Konzepte zur Wandlung der Obdachlosenverwaltung zur aktivierenden und teilweise begleitenden Beratung stellen eine solide Basis für die Ermöglichung schneller Hilfe dar. Gegenwärtig kann die Vermittlung aus den Wohnungen ausreichend fachlich durch eine sozialpädagogische Fachkraft begleitet werden. Die Vermeidung des Zugangs zu Verfügungswohnungen muss jedoch intensiviert werden. Darüber hinaus wurden die Gebühren für dieses Hilfsangebot zuletzt 2005 erhöht"

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Der Zeitplan wird aktuell überarbeitet.

Das angestrebte Einsparziel "Reduzierung der Verfügungswohnungen um jährlich 16 Wohneinheiten" wird durch die nun mit der GeWoBau geplanten zusätzlichen Sanierungsmaßnahmen mehr als erfüllt (siehe auch StR Beschluss vom 29.03.12). Nach der Sanierung, die bereits im Frühjahr beginnen soll, werden 124 Wohnungen den Status "Verfügungswohnungen" verlieren und es soll nur noch 98 Verfügungswohnungen an den betroffenen Standorten geben.

Amt 51 – Maßnahme Nr. 20 (Verstetigung der Pflegequote)

Zu den Vorschlägen Nr. 20 und 21 im Bereich der Jugendhilfe wird ergänzend und zur vertiefenden Information auf die JHA-Vorlage zum Controlling-Beschluss in der Sitzung vom 13.10.2011 und vom 22.03.2012 verwiesen.

1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Die Hilfen nach § 33 SGB VIII-Vollzeitpflegestellen für die Stadt Erlangen eine wichtige Möglichkeit der Umsteuerung kostenintensiver Hilfen außerhalb der Familie dar. Die Koordination des Pflegekinderwesens obliegt der Abteilung 511 des Stadtjugendamtes. Durch die Bemühungen des Pflegekinderdienstes ausreichend Eltern für Pflugschaften bereitzustellen, konnte im Jahr 2008 eine Pflegequote von rund 54 Prozent erreicht werden. Um eine Stagnation der Pflegequote auf hohem Niveau zu vermeiden, empfiehlt Rödl & Partner den Pflegekinderdienst um 2,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] zu verstärken und das Konzept der Heilpädagogischen Sonderpflege fortzuschreiben. Ziel dieser Intensivierung muss sein, mittelfristig eine Pflegequote von rund 65 Prozent erreichen und verstetigen zu können.“

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Für die Darstellung der Finanzziele wird ein umfassenderes Controllinginstrument zur Verfügung gestellt mit MZK vom 22.03.2012 berichtete Amt 51 erstmals im JHA die Grunddaten zur Evaluierung der Finanzziele. Deren Einhaltung wird erstmals im 3. Controllingbericht (Herbst 2012) evaluiert.

Amt 51 – Maßnahme Nr. 21 (Ausbau präventiver Beratungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Familienpädagogischen Einrichtungen)

1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Im § 16 SGB VIII wird der Begriff der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie näher ausgeführt. Der Beratungsbegriff wird in den verschiedenen Aufgabenbereichen Vormundschaft/ Beistandschaft, Allgemeiner Sozialer Dienst / Besonderer Sozialer Dienst, Kindertageseinrichtungen, Koordinierende Kinderschutzstellen und Städtische Jugend- und Familienberatungsstelle wahrgenommen.

Die übergreifende Zusammenarbeit und die Vernetzung der einzelnen Beratungsangebote findet gegenwärtig nicht flächendeckend, sondern immer wiederkehrend in Projektform statt, obwohl die strukturellen Gegebenheiten im Stadtjugendamt gute Voraussetzungen darstellen.

Damit eine möglichst breite Masse an potenziellem Beratungsklientel erreicht wird, ist es notwendig verschiedene Institutionen in die Intensivierung und Verdichtung des Beratungsansatzes einzubinden. Diese Intensivierung sollte im Bereich der Familienpädagogischen Einrichtungen mit 1,5 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ], der Kindertageseinrichtungen mit 3,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] ... erfolgen. ...“

2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

3. Finanzziele

Für die Darstellung der Finanzziele wird ein umfassenderes Controllinginstrument zur Verfügung gestellt mit MZK vom 22.03.2012 berichtete Amt 51 erstmals im JHA die Grunddaten zur Evaluierung der Finanzziele. Deren Einhaltung wird erstmals im 3. Controllingbericht (Herbst 2012) evaluiert.

Amt 51 – Maßnahme Nr. 23 (Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder)

1. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

2. Finanzziele

Für 2012 sind keine Zusatzeinnahmen vorgesehen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 9

11/083/2012

Personalbericht 2011

Sachbericht:

Gem. Beschluss des HFGA vom 10.02.2010 werden die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.

Der Bericht für das Jahr 2011 wird plangemäß in der 16. KW 2012 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei oder auf CD-ROM beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung, per E-Mail an stefan.puels@stadt.erlangen.de oder unter Tel. 09131-86 2202 angefordert werden.

Protokollvermerk:

Die Vorlage gilt als eingebracht.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 10

11/082/2012

Ausbildungskapazität 2013

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ziel ist es, dauerhaft eine hochwertige Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Erlangen durch die kontinuierliche Ausbildung und Qualifizierung von Nachwuchskräften sicherzustellen. Ausbildung stellt den ersten Schritt einer zielorientierten Personalentwicklung dar. Es gilt hier vor allem Fach-, Sozial- und Methodenkompetenz zu vermitteln, damit die Stadt Erlangen den Anforderungen der Zukunft gerecht werden kann.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Zum 01.09.2013 werden **21** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt.

Die Grundlage für die Ausbildungskapazität 2013 bildet eine Kapazitätsabfrage in allen Dienststellen, die in gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen ausbilden sowie eine Bedarfskalkulation durch das Personal- und Organisationsamt in den Verwaltungsberufen. In den Verwaltungsberufen bestimmt sich der Bedarf nach der voraussichtlichen Fluktuation.

In gewerblich-technischen sowie kaufmännischen Berufen wird regelmäßig über dem Bedarf ausgebildet, um der sozialen Verantwortung als Arbeitgeber Stadt Erlangen gerecht zu werden. Entsprechend des Beschlusses zur Haushaltskonsolidierung 2011 (Vorschlag Rödl & Partner zur Reduktion der Ausbildung über Bedarf) wird nur in den in der folgenden Tabelle gekennzeichneten Berufsbildern über den voraussichtlichen Personalbedarf bei der Stadt Erlangen hinaus ausgebildet. Die Überbedarfsausbildung 2013 würde sich somit auf 5 Nachwuchskräfte belaufen, zwei davon im EB77 und eine davon im EBE. Damit ist die Auflage zur Haushaltskonsolidierung für den Bereich der Ausbildung über Bedarf erfüllt, indem die angebotenen Ausbildungsplätze über Bedarf entsprechend reduziert wurden.

Überblick über die Einstellungszahlen 2013

Für das Jahr **2013** sollen folgende Ausbildungsverhältnisse eingegangen werden:

Ausbildungsberufsbild	Anzahl	Voraussichtliches Ausbildungsende
<u>Verwaltungsberufe</u>		
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 3. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen des fachlichen Schwerpunkts nichttechnischer Verwaltungsdienst (ehemals gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst)	6	10/2016
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen des fachlichen Schwerpunkts nichttechnischer Verwaltungsdienst (ehemals mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst)	4	10/2015
Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter	6	08/2016
Summe Verwaltung	16	
<u>Gewerblich-technische Berufe</u>		
Fachkraft für Veranstaltungstechnik (Amt 44) (Überbedarfsausbildung)	2	08/2016
Eigenbetriebe		
Mechanikerin/Mechaniker für Land- und Baumaschinen-technik (EB77) (Überbedarfsausbildung)	1	02/2017

Kfz-Mechatronikerin/Kfz-Mechatroniker (EB77) (Überbedarfsausbildung)	1	02/2017
Fachkraft für Abwassertechnik (EBE) (Überbedarfsausbildung)	1	08/2016
Summe gewerblich-technisch	5	
Gesamtkapazität 2013	21	

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Gemäß Art. 33 i. V. m. Art. 3 GG werden die Ausbildungsplätze öffentlich ausgeschrieben und unter Berücksichtigung des Leistungsgrundsatzes in einem transparenten Auswahlverfahren besetzt.

Durch ein intensives Ausbildungsmarketing soll ein qualifizierter Adressatenkreis erschlossen werden. Maßstab für dieses Handeln bildet der Grundsatz der Chancengleichheit. Dabei wird ein hohes Augenmerk auf die Leitziele Kinder- und Familienfreundlichkeit sowie Integration gelegt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

21 neue Stellen für 4 Monate in 2013		
Sachkosten (Ausbildungskosten im engeren Sinn) ohne Eigenbetriebe	48.980 €	Kostenstelle: 110090 Kostenträger: 11150011
Personalkosten (brutto) ohne Eigenbetriebe	78.447 €	Kostenstelle: 113011 Kostenträger: 11150011

Für das Haushaltsjahr 2013 entstehen für alle bestehenden Ausbildungsverhältnisse Sachkosten in Höhe von 488.775 € und Personalkosten in Höhe von 870.975 €. Die Gesamtkosten für das Haushaltsjahr 2013 belaufen sich auf 1.359.750 €.

Im Rahmen der Haushaltsplanung 2013 werden die erforderlichen Sach- und Personalkosten bei der Stadtkämmerei angemeldet werden.

5. Beschlusskontrolle 2012

Gemäß dem Beschluss des Stadtrates vom 18.05.2011 wurden folgende Ausbildungszusagen (Beamtinnen/ Beamte) gemacht bzw. Ausbildungsverträge geschlossen:

Beruf	Kapazität	Ausbildungsverträge/-zusagen
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 3. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen des fachlichen Schwerpunkts nichttechnischer Verwaltungsdienst (ehemals gehobener nichttechnischer Verwaltungsdienst)	6	6 alle Ausbildungsplätze wurden besetzt
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen des fachlichen Schwerpunkts nichttechnischer Verwaltungsdienst (ehemals mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst)	4	4 alle Ausbildungsplätze wurden besetzt
Verwaltungsfachangestellte/ Verwaltungsfachangestellter	6	6 alle Ausbildungsplätze wurden besetzt; darunter befindet sich 1 sozialer Ausbildungsplatz
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 3. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik des fachlichen Schwerpunkts bautechnischer und umweltfachlicher Verwaltungsdienst (ehemals gehobener bautechnischer und umweltfachlicher Verwaltungsdienst) (EBE)	1	0 konnte aufgrund des vorhandenen Bewerberpotenzials nicht besetzt werden
Fachangestellte/Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Bibliothek (Amt 42)	1	1 Ausbildungsplatz wurde besetzt
Bauzeichnerin/Bauzeichner Fachrichtung Tief-, Straßen- und Landschaftsbau (Amt 66)	1	1 Ausbildungsplatz wurde besetzt
Tiefbaufacharbeiterin/ Tiefbaufacharbeiter (Amt 66)	1	0 konnte aufgrund des vorhandenen Bewerberpotenzials nicht besetzt werden
Fachkraft für Veranstaltungstechnik (Amt 44)	1	1 Ausbildungsplatz wurde besetzt
Gärtnerin/Gärtner Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau (EB 77)	2	2 Ausbildungsplätze wurden besetzt
Industriemechanikerin/ Industriemechaniker (EBE)	2	2 Ausbildungsplätze wurden besetzt
Anwärterin/Anwärter für den Einstieg in der 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik des fachlichen Schwerpunkts	4	Bewerbungsverfahren läuft aktuell noch

feuerwehrtechnischer (ehemals mittlerer technischer Dienst)	Dienst feuerwehr-		
---	----------------------	--	--

Protokollvermerk:

Frau StRin Pfister stellt den Antrag, zwei zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen, die aus sozialen Gründen in Zusammenarbeit mit der GGFA vergeben werden sollen. Darüber hinaus sollen drei weitere Ausbildungsplätze aufgrund strategischer Notwendigkeiten für den Arbeitgeber Stadt Erlangen geschaffen werden.

Herr Ternes, OBM/ZV, sichert für einen Ausbildungsplatz zu, dass Bewerbungen über die GGFA mit einfließen können. Weiterhin sollte im Jahr 2013 versucht werden, in der QE 3 zwei Ausbildungsplätze mehr zu schaffen. Er weist auf die Mehrkosten hin.

Frau StRin Pfister schließt sich dem Vorschlag auf Schaffung von zwei weiteren Ausbildungsplätzen in der QE 3 an, hält aber den Antrag auf Schaffung und Besetzung zweier Ausbildungsplätze über die GGFA aufrecht. Dieser Antrag wird mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die Vorlage wird dahingehend geändert, dass im Jahr 2013 insgesamt **23** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon **18 Nachwuchskräfte** im Verwaltungsbereich.

Ergebnis/Beschluss:

Im Jahr 2013 sollen insgesamt **23** Nachwuchskräfte zur Ausbildung eingestellt werden, davon

- **18 Nachwuchskräfte** im Verwaltungsbereich und
- **5 Nachwuchskräfte** im gewerblich-technischen Bereich

Die notwendigen Finanzmittel für den Haushalt 2013 sind bei Referat II zum Haushalt anzumelden.

Abstimmung:

angenommen mit Änderungen

mit 13 gegen 0

TOP 11

II/153/2012

Termin- und Ablaufplan für die Haushaltsaufstellung 2013

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Termingerechte Haushaltsaufstellung 2013

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Eckpunkte des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2013 sehen wie folgt aus:

Aufstellung Investitionsprogramm Sachkostenbudgets	Montag bis Dienstag	07.05.2012 11.06.2012
Einigungsgespräche	Montag bis Freitag	09.07.2012 20.07.2012
Aufstellung Ergebnishaushalt Finanzhaushalt Mittelfristige Finanzplanung	Montag bis Freitag	06.08.2012 31.08.2012
Einbringung des Haushalts	Donnerstag	25.10.2012
Haushaltsseminare der Politik	Freitag bis Montag	26.10.2012 26.11.2012
Abgabetermin für Haushalts- Fraktionsanträge	Dienstag	27.11.2012
Auslauf Beratungsunterlagen	Montag	10.12.2012
Fachausschussberatungen	Montag bis Donnerstag	07.01.2013 17.01.2013
HFPA als Fachausschuss	Mittwoch	nn.01.2013
HH-HFPA (evtl. wird eine weitere Sitzung notwendig)	Mittwoch Donnerstag	30.01.2013 31.01.2013
HH-Stadtrat	Donnerstag	07.02.2013
Auslauf der Genehmigungsunterlagen	Montag	04.03.2013

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt hat sich gegenüber dem letzten Jahr weiterhin verbessert. Dies ist unter anderem zurückzuführen auf die weiterhin gute Beschäftigungs- und Wirtschaftslage der ortsansässigen Firmen, die zu höheren Steuereinnahmen geführt haben und den Orientierungsdaten des Staatsministeriums des Inneren, das weiterhin hohe Einnahmen prognostiziert. Auch die in den Vorjahren eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen der Stadt Erlangen mit Hilfe externer Beratungsunternehmen und die teilweise sehr empfindlichen Sparvorgaben für die städtischen Ämter haben dazu geführt, dass die Stadt Erlangen wieder optimistischer in die Zukunft blicken kann.

Dennoch weist der Finanzhaushalt der Stadt Erlangen in der aktuell beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung 2011 bis 2015 für 2013 einen **Finanzierungsmittelfehlbetrag für 2013 von -20,8 Mio. € aus.** (Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt + 0,4 Mio. € und der Saldo aus Investitionstätigkeit weist einen Fehlbetrag von -21,2 Mio. € aus.) Die mittelfristige Finanzplanung weist für den Finanzhaushalt in 2014 Fehlbeträge von -8,0 Mio. € sowie für 2015 von -0,3 Mio. € aus.

Gemäß § 24 Absatz 1 Satz 1 KommHV Doppik soll der Ergebnishaushalt in jedem Jahr ausgeglichen sein, da dies sonst einem Eigenkapitalverzehr gleichkommt.

Für den Ergebnishaushalt 2013 weist die mittelfristige Finanzplanung (= GuV - Rechnung) einen Jahresfehlbetrag von -10,5 Mio. € aus. Der ergebnisbezogene Haushaltsausgleich ist somit nicht gewährleistet. Auch 2014 und 2015 wird mit Jahresfehlbeträgen von - 1,7 Mio. € bzw. - 1,3 Mio. €. gerechnet. Entnahmen aus der Ergebnisrücklage sind nicht möglich. Die Restmittel der Ergebnisrücklage werden in 2012 vollständig zum Haushaltsausgleich 2012 verwendet werden müssen. Für die Jahre 2012 bis 2015 ergibt sich voraussichtlich ein Gesamtverlustvortrag von rd. -21,0 Mio. €. (vgl. dazu Haushalt 2012 – Seite 95).

Für eine Ausweitung der Budgetausgaben oder einer Erhöhung des Investitionsvolumens sind keine Finanzreserven vorhanden; vielmehr sind weiterhin Konsolidierungsmaßnahmen und die Verschiebung von Investitionen erforderlich. Die Kämmerei beabsichtigt daher bei der Haushaltsaufstellung 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung mit Investitionsprogramm wie folgt vorzugehen:

1. Die Kämmerei hat sich entschieden, weiterhin keine Neuanmeldungen der Ämter zum Investitionsprogramm oder Anmeldungen zum Budgetbedarf abzufragen.
2. Für den Entwurf der Sachkostenbudgets 2013 wird die Kämmerei grundsätzlich die Planansätze 2012 übernehmen. Die Budgets werden um einmalige Mittelenerhöhungen für 2012 bereinigt. Bereits beschlossene Spar-/bzw. Konsolidierungsvorschläge werden bei der Budgetbemessung berücksichtigt werden.
3. Die ausfinanzierten Personalkostenbudgets werden wie in den letzten beiden Jahren mit einem Vorwegabzug von 3% belegt.
4. Der Saldo aus Investitionstätigkeit für den Haushalt 2012 beträgt -12,4 Mio. €. In der mittelfristigen Finanzplanung 2011 – 2015 beträgt der Saldo aus Investitionstätigkeit für den Haushalt 2013 -21,2 Mio. €. Der Entwurf der Kämmerei zum Investitionshaushalt 2013 wird gegenüber dem Planjahr 2013 des Investitionsprogramms 2011 – 2015 erheblich geringere Ausgaben aufweisen müssen um den Finanzierungsmittelfehlbetrag von -20,8 Mio. € zu reduzieren.

Daher werden grundsätzlich keine neuen ausgabenwirksamen Maßnahmen in den Entwurf des Investitionshaushalts eingestellt, auch keine Planungs- und Gutachterskosten für neue Projekte, da bei einem Gesamtfehlbetrag in der mittelfristigen Finanzplanung (Jahre 2013 – 2015) von -29,0 Mio. Euro eine Finanzierung ohnehin nicht gewährleistet ist.

Neue Maßnahmen werden nur eingestellt:

- bei gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung
- aus sicherheitsrelevanten Gründen (z.B. Brandschutzmassnahmen)
- bei schnellster Amortisation bzw. 70 bis 80%-iger Bezuschussung

In den endgültigen Haushaltsentwurf des Finanzreferats werden die Ergebnisse aus den Einigungsgesprächen mit den Ämtern einfließen.

Protokollvermerk:

Es erfolgt getrennte Abstimmung über den durch den Ältestenrat veränderten Beschlusstext zur Ziffer 2.

Ergebnis/Beschluss:

1. Der Beschlussfassung über den Haushalt 2013 mit Finanzplanung einschließlich Investitionsprogramm am 07.02.2013 und dem Aufstellungsverfahren (Termin- und Ablaufplan sind als Anlage beigefügt) wird zugestimmt.
mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen
2. In die Beratungsunterlagen zum Haushalt 2013 sind nur Anträge ab 5.000 € pro Jahr aufzunehmen. Haushaltsanträge und Fachausschussgutachten unter 5.000 € jährlich sind aus den betreffenden Budgets bzw. den investiven Ansätzen zu finanzieren.
mit 13 gegen 0 Stimmen angenommen

Abstimmung:

angenommen mit Änderungen

TOP 12

Mittelbereitstellungen

TOP 12.1

242/206/2012

Mittelbereitstellung für IP-Nr. 231A.402 Sanierung Berufsschule Kaufmännischer Trakt

Sachbericht:

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung	€
Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)	0,00 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	111,11 €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	€
 Summe der bereits vorhandenen Mittel	 111,11 €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	42.111,11 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von für das Haushaltsjahr 2012

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis

2.949.812,36 €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

Die IP-Nummer ist dem Deckungskreis Schulsanierungsprogramm SSP zugeordnet.
Die vorhandenen Mittel sind jedoch gebunden, es stehen keine freien Haushaltsmittel zur Verfügung.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Fertigstellung der Sanierung Berufsschule kaufmännischer Trakt – Fertigstellungs- und Entwicklungspflege Galabauarbeiten, Abrechnung

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Mehrungen resultieren aus Kosten durch

- zusätzliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sanierung der Außenanlagen
(Ausbildung Lichtgraben zur Belichtung des Schulraumes im KG, Schaffung zweier Behinderten-Parkplätze sowie von zusätzlichen Aufstellflächen für die Feuerwehr)
- unvorhergesehene Mehrkosten bei dem Gewerk Wärmedämmverbundsystemarbeiten
(Mehraufwand durch erhebliche, vorher nicht erkennbare Rohbautoleranzen des Bestandes)

Die Erwartung, dass Mehrkosten durch Minderungen in der Schlussabrechnung anderer Gewerke aufgefangen werden können, hat sich im Projektverlauf leider nur zum Teil erfüllt.

Die Mehrkosten sind zuschussfähig.

Die Dringlichkeit begründet sich auf bereits vorliegenden Schlussrechnungen, die fristgerecht angewiesen werden müssen.

Die Einsparungen bei dem Bauvorhaben Neubau/Anbau Speisesaal der Max und Justine Elsner Schule haben sich durch die letzten, unter der Kostenberechnung liegenden Vergaben ergeben.

Ergebnis/Beschluss:

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln:

Erhöhung der ~~Aufwendungen~~ ~~Auszahlungen~~ um

IP-Nr. 231A.402 Berufsschule Sanierung kaufmännischer Trakt	Kostenstelle 240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	Produkt 2311 Berufsbildende Schulen	42.000,00 € für Sachkonto [033202]
---	--	--	--

Die Deckung erfolgt durch Einsparung/~~Mehreinnahme~~

IP-Nr.211C.400 Max u. Justine Elsner- Schule, Neubau / Anbau Speiseraum	Kostenstelle 240090 Allgemeine Kostenstelle Amt 24	in Höhe von Produkt 2111 Grundschulen	42.000,00 € bei Sachkonto [033202]
IP-Nr. [Kostenstelle	und in Höhe von	€ bei

		Produkt [Sachkonto
		und in Höhe von	€ bei
IP-Nr. [Kostenstelle [Produkt [Sachkonto [

Abstimmung:

einstimmig angenommen

mit 13 gegen 0

TOP 13

242/202/2012

**Schulsanierungsprogramm: Sanierung Albert-Schweitzer-Gymnasium
Vorplanung nach DA-Bau 5.4**

Sachbericht:

Stellungnahme der Kämmerei: Bei Ziffer 4

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Generalsanierung des Schulgebäudes
- Optimierung des Raumbedarfs durch Zusammenlegen und Konzentration von Fachbereichen
- Ersatz für die maroden Klassen-Pavillons im Pausenhof und Deckung des Raumdefizits durch einen Erweiterungsbau

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Ausgangslage

Mit Beschluss vom 16.02.2012 im Stadtrat (Haushaltsbeschluss) wurde der erweiterten Sanierung im Rahmen des Schulsanierungsprogramms zugestimmt.

Projektbeschreibung:

Die vorliegende Vorplanung wurde mit der Schulleitung und dem Schulverwaltungsamt abgestimmt.

Sanierung Bestand:

Die Sanierungsmaßnahmen beinhalten die Sanierung der Bestandgebäude (ausgenommen Turnhalle) mit energetischer Sanierung, Sanierung der Fassaden, der Innenräume soweit erforderlich, WC-Anlagen sowie der Flachdächer über Erdgeschoss, Schadstoffsanierung, Ertüchtigung des Brandschutzes (Decken, Türen, Fluchttreppen), Sanierung bzw. Austausch der haustechnischen Anlagen, Barrierefreiheit (Rampen und Aufzug).

Strukturelle Verbesserungen:

Im Schulsanierungsprogramm sind bisher strukturelle, funktionale Veränderungen der Schule und die Sicherstellung des mittelfristigen Raumbedarfs nicht berücksichtigt.

Im Fall des ASG wurden dieser Bedarf und notwendige Umstrukturierungen mit der Schule ausführlich diskutiert

Im Ergebnis wird empfohlen Raumkapazitäten durch Umstrukturierungen und Umbauten zu optimieren:

-Klassentrakt: Konzentration von Klassen- und Kursräumen, Zusammenfassung von Fachräumen (Kunst- PC- und Fachräume) im KG und EG angrenzend an Atriumhaus

-Atriumhaus: Fachräume im EG, Verwaltung und Lehrerbereiche zusammengefasst im 1.OG

-Verbindungsbau: Musikbereich

Die Erfahrungen mit den bisher ausgeführten Maßnahmen des Schulsanierungsprogramms zeigen, dass es sinnvoll ist diesen Bedarf im Zuge der Sanierung mit abzudecken, da diese Maßnahmen wirtschaftlich abzuwickeln sind und für die Schule eine gute Zukunftsperspektive darstellen.

Anbau/Erweiterungsbau:

Auf den Beschluss des Schulausschusses vom 08.03.2012 zum Bedarf für einen Neubau mit 8 Klassenräumen wird verwiesen.

Mit diesem Neubau kann sowohl das Klassenraumdefizit von ca. 4 Klassenräumen als auch der Ersatz für die 4 Klassenräume in den beiden maroden Pavillons gedeckt werden.

Der Vorentwurf sieht eine Anbauvariante nördlich des Klassentraktes vor. Der Anbau kann dadurch über den Klassentrakt erschlossen werden, es wären keine zusätzlichen WC-Anlagen notwendig. Die Wärmeversorgung kann über die bestehende Heizzentrale erfolgen.

Die geplanten Umbauten, Umnutzungen und Anbau mit Rettungswege- und Brandschutzkonzept bedingen eine Baugenehmigung.

Die Abstimmung mit der Regierung erfolgt am 26.03.2012

Zeitplan und Bauphase

- Oktober 2012: FAG-Zuschussantrag
- Pfingsten 2013: Beginn Neubau mit 8 Klassen
- 2014: Sanierungsbeginn Bestandsgebäude
- 2017: Fertigstellung Sanierung

Die Maßnahme wird in ca. 5 Bauabschnitten durchgeführt. Der konkrete Umfang und Ablauf der Bauabschnitte wird im Rahmen der Entwurfsplanung in enger Abstimmung mit der Schule erarbeitet.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Für die Realisierung wurden vom Stadtrat im Rahmen des Haushaltsbeschlusses 2012 10.986.000 € in die Finanzplanung eingestellt. (**Anm. der Kämmerei:** Die Gegenfinanzierung ist nicht gesichert – Finanzplan bis 2015 hat schon erhebliche Lücken) Nach Vorplanung und Kostenschätzung ist mit Mehrkosten in Höhe von ca. 1,2 Mio. € für die Sanierung zu rechnen.

Zum einen ist die Schadstoff- und Betonsanierung wesentlich aufwändiger als ursprünglich angenommen, zum anderen bedingen die o. g. Umstrukturierungen Mehrkosten.

Die Kosten eines 2-geschossigen Anbaus für 8 Klassenräume belaufen sich nach Schätzung auf ca. 1.607.000,- €. Bei Realisierung des Anbaus vor der eigentlichen Sanierung kann auf die

Stellung von Containern verzichtet werden, da dann durch den Anbau genügend Ausweichräume vorhanden sind.

Dies führt zu einer Kostenersparnis von ca. 520.000,- € bei der Sanierung.

Die Mehrkosten Gesamt für Sanierung und Anbau belaufen sich somit auf ca. 2,2 Mio.

Abzüglich der höheren FAG-Förderung ergeben sich Mehrkosten in Summe von 1,5 Mio. EUR.

Der Mehrbedarf an Haushaltsmitteln würde demnach erst im Haushaltsjahr 2015/2016 anfallen.

Kosten (brutto, inkl. Nebenkosten)

	2011 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	2016 €	2017 €	Gesamt €
Haushalt 2012								
Schulgebäude	282.500	200.000	2.600.000	2.400.000	2.470.000	2.123.500		10.986.000
Einrichtung				910.000				
Vorentwurf								
Schule / Anbau	282.500	200.000	2.600.000	2.400.000	2.470.000	2.200.000	2.200.000	13.186.000
Einrichtung					910.000			

Einnahmen (FAG)

	€	€	2013 €	2014 €	2015 €	2016 €	2017 € 2018 €	Gesamt €
Haushalt 2012								
Schulgebäude			600.000	800.000	800.000	1.100.000		3.300.000
Vorentwurf								
Schule / Anbau				650.000	620.000	630.000	550.000 1.300.000	3.750.000

Wirtschaftlichkeit

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit kann nachfolgende Tabelle herangezogen werden:

1 Überblick über die Gesamtnutzfläche und die Kostenkennwerte

NF = Nutzfläche (ohne Verkehrs- und Funktionsflächen)	6.275 m ²	
NGF = Nettogrundrissfläche	9.398 m ²	
BGF = Bruttogeschossfläche	11.365 m ²	
Baukosten (Kostengruppe 300 + 400):	10.002.200 €	
Gesamtkosten (Kostengruppen 100 bis 700):	12.116.000 €	(ohne Einrichtung KGR 600 und Außenanlagen KGR 500)
Kennwerte:		
Baukosten je Nutzfläche	1.594 €/m ²	zum Vergleich: Neubaukosten: 2.800 €/m ²
Baukosten je Nettogrundrissfläche	1.064 €/m ²	
Baukosten je Bruttogeschossfläche	880 €/m²	zum Vergleich: Neubaukosten: 1.550 €/m ²
Gesamtkosten je Nutzfläche	1.930 €/m ²	
Gesamtkosten je Nettogrundrissfläche	1.289 €/m ²	zum Vergleich: Durchschnitt im Schulsanierungsprogramm: 850 €/m ²
<u>Gesamtkosten je Bruttogeschossfläche</u>	<u>1.066 €/m²</u>	

Bei einem Neubau der Schule wäre mit Baukosten in Höhe von ca. 17.800.000 € zu rechnen.

Nicht berücksichtigt sind dabei die Kosten für Abriss und Entsorgung des Schulgebäudes sowie die Schaffung/Stellung von Ersatz- bzw. Ausweichräumen für die gesamte Schule während der Bauzeit sowie Einrichtungskosten, Kosten der Außenanlagen und Nebenkosten.

Im Ergebnis ist eine Sanierung mit Anbau die wirtschaftlichere Lösung.

Investitionskosten:

Baukosten	12.276.000 €	bei IPNr.: 217 E.401
Einrichtung	910.000 €	bei IPNr.: 217C.K351
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	1.242.350 €	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	3.750.000 €	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind zum Teil vorhanden auf IvP-Nr. 217 E. 401 (Baukosten) und auf IvP-Nr. 217C.K351 (Einrichtung) bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Stellungnahme der Kämmerei

Über ursprünglich veranschlagte 6,779 Mio. EUR (ohne Einrichtung) und im Investitionsprogramm des am 16.02.2012 verabschiedeten Haushaltsplans 2012 ausgewiesenen Ausgaben von 10,986 Mio. EUR werden in dieser Vorlage nun für die Sanierung und Erweiterung des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kosten von 13,186 Mio. EUR prognostiziert („Aufstockung der Aufstockung“). Die Kämmerei weist darauf hin, dass schon der beschlossene Finanzplan insbesondere in den Jahren ab 2014 erhebliche Lücken aufweist, die durch die beabsichtigte Maßnahmenenerweiterung weiter vergrößert werden. Gesicherte Einnahmen stehen diesen Lücken nicht gegenüber (mögliche Gegenfinanzierungen (Steuer-/Gebührenerhöhungen, Ausdehnung des Kreditvolumens, Vermögensverkäufe – jedoch mit negativen Auswirkungen auf die Bilanzaktivseite)!

Die dargestellte Erweiterung der Maßnahme ist finanziell umso bedauerlicher als in aktuellen Pressemeldungen (Heikle Entwicklung für den ländlichen Raum; sinkende Schülerzahlen sorgen für Einbrüche beim VGN – EN vom 1.3.2012 und Realschulpläne „vom Tisch“ – EN vom 7.3.2012) auf Konsequenzen aus sinkenden Schülerzahlen hingewiesen wird. Von dieser Entwicklung vermag aber die Stadt Erlangen (finanziell) offenbar nicht zu profitieren.

Protokollvermerk:

Die Vorlage wird ohne Begutachtung durch den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss an den Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 13.1

32/021/2012

Neukonzeption für den Erlanger Weihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der seit über 40 Jahren nahezu unveränderte Erlanger Weihnachtsmarkt wird attraktiver gestaltet.

Den rückläufigen Besucherzahlen wird entgegen gewirkt; eine Attraktivitätssteigerung der Alt-/Innenstadt in der Vorweihnachtszeit soll damit erreicht werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Gestaltung und Aufstellung der weihnachtlich gehaltenen Verkaufsstände wird neu geordnet; die bisherigen Stammbesucher sind dabei alle berücksichtigt.

Ein ausgewogenes und attraktives Rahmenprogramm, das verschiedene Besuchergruppen anziehen soll, wird angeboten; hierzu ist eine neue Bühne mit Dach und schützenden Seitenwänden bereit zu stellen.

Die Erlanger Weihnachtskrippe bleibt zentraler Bestandteil des Weihnachtsmarktes.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die beschlossene Neukonzeption ist mit dem Partner gemäß o.g. Beschluss zu I.2 zu realisieren. Die Neukonzeption soll bereits zum Weihnachtsmarkt 2012 umgesetzt werden.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr. 573.K352 Errichtung Infrastruktur Märkte in Höhe von 31.000 € / Verbesserung z.B. Strom-, Wasser- und evtl. Abwasseranschlüsse.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Sachbericht:

Der Erlanger Weihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz ist fest eingebunden in das vorweihnachtliche Geschehen der Stadt und soll dies auch weiterhin bleiben. Seit seiner erstmaligen Einrichtung vor 40 Jahren wurden keine wesentlichen Veränderungen an seiner Gestaltung (Inhalt/Angebot, Konzeption, Aufbau, Erscheinungsbild) vorgenommen. Mit seiner zentralen Lage soll er weiterhin einen attraktiven Anziehungspunkt der Erlanger Alt- und Innenstadt bilden. Der Erlanger Weihnachtsmarkt auf dem Schlossplatz liegt in Konkurrenz mit zahlreichen Weihnachtsmärkten im Großraum und muss attraktiver werden.

In zwei Gesprächsrunden (Leitung des Referates für Ordnung, Recht und Umwelt; beteiligt Vertreter des Süddeutschen Schaustellerverband, des Vereins zur Förderung von Messen, Märkten und Volksfesten e.V. Erlangen, des Bayerischen Landesverbandes der Marktkaufleute und Schau-
steller e.V. Außenstelle Erlangen, von Marktbeschickern sowie Vertretern des Stadtrates, des Citymanagements und der Verwaltung) wurden Möglichkeiten einer Neukonzeption erörtert; dabei wurden im Gespräch am 5. März 2012 zwei Konzeptionen vorgestellt

- a) „Erlanger Waldweihnacht am Schloss“ der Arbeitsgemeinschaft Erlanger Weihnachtsmarkt (Konzeptdatum: 1. bzw. 5.3.2012)
- b) „Erlanger Weihnachtsmarkt 2012“ des Vereins zur Förderung von Messen, Märkten und Volksfesten e.V. Erlangen im Bayr. Landesverband der Marktkaufleute und der Schau-
steller e.V. (Konzeptdatum: 28.2.2012).

Beide Konzeptionen sehen die Teilnahme der bisherigen Stammbeschicker und den Christbaummarkt (ggf. je nach Variante geringfügig verkleinert) vor. Nach den bisher vorliegenden Informationen ist eine direkte Zusammenarbeit der beiden Konzeptionsträger nicht zu erwarten.

In der folgenden Übersicht werden auszugsweise und in Stichpunkten die Konzeptionen gegenüber gestellt:

Stichwort	Erlanger Waldweihnacht am Schloss (ARGE)	Erlanger Weihnachtsmarkt 2012 (Verein im BLV)
Gestaltung	Stände der Aussteller / Beschicker gruppieren sich um die zentrale Waldweihnacht herum mit Öffnung i.R. Marktplatz / Fußgängerzone. Die zentrale Waldweihnacht im Innenbereich wird mit Bäumchen gestaltet, erhält z.T. entsprechenden wärmenden Bodenbelag (Hackschnitzel) und Sitzecken / Unterstände. Ansprechende, dennoch unauffällige Beleuchtung.	<u>Variante 1 (V 1)</u> : wenig Umgestaltung; Bühne in Platzmitte. <u>Variante 2 (V 2)</u> : Aufstellung als Labyrinth (Zick-Zack-Lauf). <u>Variante 3 (V 3)</u> : Geschlossene Aufstellung, Buden um den Markt herum (Stadtmauercharakter) mit Öffnung nach Innen. Detailangaben zur Ausgestaltung und Beleuchtung usw. wurden nicht eingebracht.
Krippe	Zentral im westlichen Eingangsbereich zur Waldweihnacht (Fußgängerzone Hauptstraße)	<u>V 1 u. V 2</u> : bisheriger Standort <u>V 3</u> : süd-östliche Platzecke
Bühne	Im ruhigeren Innenbereich der Waldweihnacht. Bühne mit Überdachung und Seitenwänden (Witterungsschutz) wie 2011.	<u>V 1</u> : direkt an der Hauptstraße (mittig angeordnet mit Öffnung i.R. Hauptstraße / Marktplatz) <u>V 2</u> : Mittig, westlich Denkmal <u>V 3</u> : Mittig, nördlich Denkmal. Angaben zur Beschaffenheit / Gestaltung der Bühne sind nicht erkennbar.
Kulturelles Rahmenprogramm	Mix aus Bekanntem und Neuem. - Posaunen- und Gesangschöre - Musiker und Künstler verschiedener Stilrichtungen aus Erlangen und der Region - Aktion „Erlanger Wunschzettel“ mit Spendenvergabe. - Erlanger Weihnachtswichtel (kein Erlanger Christkind) mit Kindersuchspiel, Wichtelrätsel u. -post. - Märchenvorlesungen am Vormittag. - Buch der Wichtel mit Weihnachtswünschen (= Geschenkvergabe an hilfsbedürftige Kinder)	Unterstützung des Vereins / BLV zur attraktiven Gestaltung; die Konzeption enthält u.a. folgende Stichpunkte: - Aufführungen und Musikdarbietungen von Vereinen, Posaunen- und Gesangschören, Schulen, Kindergärten usw. - Gospelchor - Kindertheater / Krippenspiel - Erlanger Christkind (Eröffnungsfeier/-prolog), versch. Auftritte und Besuche in Einrichtungen - Weihnachtskalender - Nikolaus - Weihnachtsbäckerei - Wunschzettelbaum - Illumination Schloss - Barockfeuerwerk.
Christbaum	Am bisherigen Standort, neuer Schmuck mit zahlreichen leuchtenden Sternen.	<u>V 1 bis 3</u> : keine Standortangabe; in der Konzeption ist ein „Wunschzettelbaum“ genannt.
Dauer und Öffnungszeiten *)	Dauer des Weihnachtsmarktes neu regeln z.B. 24.11. bis 24.12. Tägliche Öffnungszeit ändern (neu ab 10:00 Uhr, sonntags 11:00 Uhr, Schließzeit 20:30 / 21:00 Uhr, gastronomische Stände 21:30 Uhr)	Zu diesem Thema keine Anmerkung.
Sonderaktionen	Programmheft zum Bühnenprogramm usw. Einführung „Stand des Ehrenamtes“ Künftig evtl. spezielle Aktionen, gerichtet an Senioren (z.B. Bewirtungen) Adventskalender am Bürgerpalais	Autogrammstunde (z.B. HCE) Öffentlichkeitsarbeit Internetauftritt.

	(angedacht) Zusammenarbeit mit der Tagespresse Internetpräsentation	
Finanzen	Refinanzierung der ARGE-Aktionen durch Leihgebühr Bühne und einen gastronomischen Gemeinschaftsstand.	Refinanzierung Bühnenprogramm z.T. durch Leihgebühr Bühne. Sponsoring und Werbeschaltungen des örtlichen Einzelhandels / der Gastronomie.
Sonstiges	Verkaufsbereiche „Christbaummarkt“ wären zu verschmälern.	Veränderung / Teilreduzierung Christbaumverkauf.
<u>Anmerkung *)</u> In einem Vorgespräch haben die kirchlichen Dekanate sich klar gegen die kalendermäßige Verlängerung des Weihnachtsmarktes ausgesprochen (Totensonntag).		

Stellungnahme des Fachbereiches:

Im Hinblick auf die regionale Konkurrenzsituation ist eine Veränderung verbunden mit einer Attraktivitätssteigerung des Erlanger Weihnachtsmarktes dringend erforderlich. Beide Konzeptionen berücksichtigen die bisherigen Stammbesucher des Weihnachtsmarktes und beziehen den Christbaumverkauf mit ein, allerdings in verkleinertem Umfang.

Aus rechtlicher Sicht ist es für den Fachbereich bedeutsam, dass die Entscheidungshoheit bei der Stadt verbleibt d.h. keine vollständige Vergabe an einen Veranstalter erfolgt und die notwendige Unterstützung der Verwaltung durch qualifizierte Zuarbeit eines „Erfüllungsgehilfen“ gegeben ist.

Nachdem das Konzept der „Erlanger Waldweihnacht“ in der Region ein Alleinstellungsmerkmal aufweist und die im Jahr 2011 auf Eigeninitiative einiger Händler durchgeführten Veränderungen in Richtung der vorgestellten Konzeption bereits sehr großen Zuspruch gefunden haben, sieht die Verwaltung Vorteile bei der Umsetzung der Konzept der Erlanger Waldweihnacht.

Die vorgestellten Konzeptionen sind aus Gründen des Urheberrechtsschutzes als Mitteilung zur Kenntnis in den nichtöffentlichen Sitzungsunterlagen (Vorlage Nr. 32/020/2012) eingebunden.

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird zur Beschlussfassung an den Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

verwiesen

TOP 13.2

43/029/2012

**Alternativvorschläge zur Trägerschaft der Volkshochschule in Erlanger
Ganztagessschulen**

Sachbericht:

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausbau der kommunalen Bildungslandschaft Erlangen

Mit den Begriffen „Kommunale Bildungsnetzwerke oder Bildungslandschaften“ verbindet sich die Vorstellung, dass verschiedene Akteure auf der lokalen Ebene an Bildung und Lernprozessen bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beteiligt sind. Bildung findet in einem Netzwerk aus Schule, Jugend- und Freizeitangeboten, Kultur, Familie und Stadtumfeld statt. Wesentliche Teile dieses Netzwerks sind kommunal oder können von der Kommune beeinflusst oder gefördert werden, wie z. B. die Unterstützung von Ganztagessschulen.

Die Volkshochschule ist seit dem Schuljahr 2008/09 Träger von Erlanger Ganztagessschulen im offenen und gebundenen Bereich. Im Laufe der letzten vier Jahre kamen noch die Mönau- und Hermann-Hedenus-Grundschule dazu. Die Anfragen dazu kamen seitens der Schulleitungen, die ihren Träger frei wählen können und die pädagogische Ausrichtung der vhs zu schätzen wissen: Verantwortliches Arbeiten mit dem Kind, individuelle Förderung, intensiver pädagogischer Personaleinsatz, hohe Vielfalt an Arbeitsgemeinschaften bzw. Arbeitsgruppen, Förderung eines Qualitätsmanagements und einer wissenschaftlichen Begleitung durch verschiedene Lehrstühle der Universität Erlangen kennzeichnen Schwerpunkte der pädagogischen vhs-Arbeit in Ganztagessschulen. Die Qualität dieser Bildungsangebote im GTS-Bereich gilt es in kommunaler Trägerschaft zu halten, zu fördern und zu verbessern.

Eine kommunale Trägerschaft zeichnet sich auch darin aus, dass eine bessere Vernetzung mit Jugendamt und anderen, städtischen (Kultur)Einrichtungen möglich ist und die individuelle Betreuung von Kindern umfassender und pädagogisch zielgerichteter sein kann. Außerschulische Kooperationspartner bringen mit speziellen fachlichen Kompetenzen zusätzlich frischen Wind in die Schulen. Sie tragen zur Öffnung der Schulen bei, bereichern das Schulleben und fördern die lokale Identität der Schule in ihrer Gemeinde oder in ihrem Stadtviertel. Es bedarf in naher Zukunft neuer Modelle der lokalen Zusammenarbeit vor Ort. Erlangen könnte hier in Bayern eine Vorreiterfunktion mit einnehmen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Vgl. Alternativen 1 bis 3 im Antrag

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Vgl. Anlagen (Anlage 1 und 2)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Gegenüberstellung Einnahmen und Ausgaben GTS 2008 bis 2011 und Ausblick auf 2012/2013 sowie Aufstellung Personalkosten zu Alternative 1 und 2 (siehe Anlage 2)

Die Kostenaufstellung in Anlage 2 ist vorbehaltlich der zukünftigen Entwicklung der GTS an Erlanger Schulen. Es ist ein progressiver Verlauf zu vermuten, d. h. weitere Schulen werden oder können Bedarf anmelden, sowie auch die Bildungsangebote in den Ganztageschulen bei erhöhter Nachfrage steigen werden. Sollte die Stadt Erlangen in die Trägerschaft von GTS-Schulen einsteigen, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit mit weiteren Personal- und Verwaltungskosten zu rechnen.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Protokollvermerk:

Die Vorlage wird als Einbringung behandelt und zur Beschlussfassung an den Stadtrat verwiesen.

Abstimmung:

zur Kenntnis genommen

TOP 14

Anfragen

keine

Sitzungsende

am 18.04.2012, 18:10 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Oberbürgermeister
Dr. Balleis

Der Schriftführer:

.....
Friedel

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: